

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1,35 und 0,35 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streichband 1,55 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 226.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 26. September 1930.

12. Jahrgang.

Sozialen.

in Westdeutsch-
st trägt, hat bei
7 Abgeordnete
it. Und zwar:
ppel, Verlags-
rfer, Schrift-
arrer (Baden)
Schmidt, Pre-
ingenieur, (Dü-
ie Reichsliste ge-
ehrens, Ver-
m m, D., Pastor,
a u fch, Ministe-

n Vater Bodel-
Freude“, beginnt
erst um 8 Uhr.
P.

im großen Saal
neuen Bethelfilms

enst zur Freude“
die Inzassen der
die Inzassen der
jedermann. Kar-
er Kasse einhe-

1. Joh. 2; 1 ff.
len

on Fel. Schrader
sam. Wer seinen
machen will, fin-
hrader fängt am
wieder an. Sie ist
reit.

thel.

immt das Fuhr-

Weltpolitik: Dr.
Bethel. Zuschriften
ch 28. Für Geld-
Aufwärts“, Christ-
uf 3911/3916, Amt
ilt Bethel.

son's

lber

an

bereitete

Wasserpaste

Paket 15 Pf.

htigen, gläubigen

ermeister

att und 2-3 Zimmer

n Ott. d. S. in Klein

baumarkt mit große

egend mit Sieblings

Bauernhöfen frei

erbeten an die Ge-

d. Bl. unter A 7083

uche u. Angebote

aufwärts“ großen Erfolg

Trostlos ist es, für Geschwund'nes,
Sieg'gang'nes streiten wollen:
Sist du Macht, den Strom zu hemmen
Und zum Quell zurück zu rollen?

Kann, was Asche ist, noch lodern?
Kann, was Leiche ward, genesen?
Zu den Toten fällt das Tote,
Sei es noch so schön gewesen. —

Mag ins Abendrot versinken
Trüben Muts ein Träumer klagen,
Doch der Blick des Wohlberiten
Grüßt im Ost das junge Tagen.

Fr. W. Weber.

Entscheidung.

Von August Winnig.

Im Frühjahr rechneten Berliner Nationalsozialisten im Falle der Reichstagsauflösung mit 45 Mandaten. Nach den sächsischen Landtagswahlen glaubte man 60 Mandate erwarten zu dürfen. Anfang August äußerte man zu mir in München die Hoffnung auf 75. Zwei Tage vor der Wahl erfuhr ich in Halle, daß man 100 Mandate für möglich halte. Das Ergebnis hat selbst diese Hoffnung noch übertroffen. Keine deutsche Partei hat in ihrer Geschichte einen solchen Aufstieg erlebt. Die Sozialdemokratie steigerte ihre Stimmenzahl bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 4 Millionen, die ihr im Jahre 1913 zugefallen waren, auf 13 Millionen. Das war aber viel weniger als es schien, denn jetzt wählten die Frauen mit, und außerdem war das Mindestalter der Wahlberechtigten von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt worden. Die stärkste Steigerung erfuhr die sozialdemokratischen Stimmen von 1887 auf 1890: sie verdoppelten sich von 700 000 auf 1,4 Millionen. Der nationalsozialistische Wahlerfolg stellt alle ähnlichen Vorgänge in den Schatten. Er ist ein Naturereignis. Er leitet eine deutsche Wende ein.

Eine deutsche Wende war auch der sozialdemokratische Erfolg vom 20. Februar 1890. Von diesem Tage an hatte Deutschland ein anderes Gesicht. Damals bemühte sich die maßgebende Oberschicht, die aufsteigende Gefahr zu bannen und den Lebenszustand zu ändern, aus dem die sozialdemokratische Bewegung ihre Auftriebskräfte empfing. Das Sozialistengesetz fiel. Die soziale Gesetzgebung wurde fortgeführt. Eine konsumentenfreundliche Handelspolitik wurde aufgenommen. Dem kam ein Wirtschaftsaufschwung zu Hilfe. Man konnte zwar das Fortschreiten der sozialdemokratischen Bewegung nicht verhindern, aber man begünstigte die Entfaltung der konservativen Kräfte, die neben den revolutionären auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung als Möglichkeit schlummerten, und verminderte die Gefahr für den Staat. Als der Staat in die Weltkriegskrisis hineingestoßen wurde, waren diese konservativen Kräfte in der sozialistischen Arbeiterbewegung stark genug, um die revolutionären Lahn zu legen. Man hatte die Zustände geändert, aus denen sich die revolutionären Kräfte nährten.

Dies geschichtliche Beispiel reicht allerdings nicht aus, um aus ihm abzuleiten, was die heutige Lage fordert. Die konservativen Kräfte in der Arbeiterbewegung waren dann doch noch nicht stark genug, um die Last der Ereignisse zu tragen und die sozialistische Bewegung wurde dann doch der Boden, aus dem das große Verhängnis aufwuchs. Unser Beispiel soll nur in das Bewußtsein zurückrufen, daß man die Gefährlichkeit der sozialistischen Bewegung, wenn auch in unzureichendem Grade, minderte, indem man die Zustände änderte, aus denen sie sich nährte.

Auch in der nationalsozialistischen Bewegung liegen Gefahren für die Gesamtheit des deutschen Lebens. Sie liegen nicht dort, wo linkspartheiliches Gewimmer sie anzeigt. Sie sind in der Möglichkeit begründet, daß die nationalsozialistische Bewegung dem Geiste der Verfassung verfallt, daß sie die Vergrößerung des politischen Lebens vollendet und gerade jenem Wesen hörig wird, dessen Niederwerfung ihre eigentliche Aufgabe sein muß. In den Kreisen ihres bürgerlichen und akademischen Anhangs liegt eine solche Möglichkeit fern, dort

wird sie wahrscheinlich nicht einmal gesehen. Wer sich aber mit ihrer großstädtischen Regierung berührt, kann diese Befürchtung nicht von der Hand weisen. Eine solche Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung würde das deutsche Verhängnis erst vervollständigen. Aber sie rückt um so mehr in den Bereich des Möglichen, je länger die Bewegung zur Opposition verurteilt ist. Daß Hitler sich dessen bewußt ist und ihr vorbeugen will, ist nach der Entschlossenheit, mit der er die Berliner Organisation säuberte, nicht zu bezweifeln. Man kann als Außenstehender nicht beurteilen, wie groß die Gefahr des Abgleitens der Bewegung ist, aber es gibt hier einen Punkt, wo auch die stärkste Führung es nicht mehr aufhalten kann. Es wäre um Deutschlands willen furchtbar, wenn es so kommen sollte. Darum darf die Frage der Regierungsbildung nicht aus dem Gesichtspunkt der augenblicklichen Bequemlichkeit betrachtet und behandelt werden. Man darf nicht an die Bequemlichkeit, sondern muß an die deutsche Notwendigkeit denken.

Es wäre durchaus begreiflich, wenn die nationalsozialistische Führung die Frage der Regierungsbildung im Reich mit kühler Zurückhaltung behandeln würde. Sie kann der Zukunft ihrer Bewegung als politischer Macht sicher sein. Bildet man die Große Koalition, so wird es bei den Zuständen bleiben, auf die das stürmische Wachstum der Nationalsozialisten die Antwort ist. Dann könnte der deutsche Zorn immer stärker anschwellen. Dann könnte der nationale Widerstand fortschreitend die mittelparteiliche Milde und die konservative Besonnenheit hinter sich lassen und sich der nationalsozialistischen Leidenschaft anschließen, um der Bewegung zuletzt jene Größe und Kraft zu geben, die das gewaltsame Ergreifen der Staatsführung mit sich bringt.

Wer könnte heute noch von der Großen Koalition die Leistungen erwarten, auf die zu warten wir nur noch sehr wenig Zeit haben? Die Große Koalition ist gewiß die bequemste Lösung der jetzt gestellten Aufgabe. Aber es hat noch nie eine gefährliche Lage gegeben, bei welcher der bequemste Ausweg nicht zugleich der ungünstigste gewesen wäre. Die Große Koalition wäre auch heute die schlechteste Lösung. Wer die deutsche Katastrophe will, der muß die Große Koalition wählen. Wäre in der deutschen Politik auch nur eine Spur historischen Sinnes mächtig, so würden wir nicht im Zweifel sein, was jetzt geschehen müßte.

Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt beim Zentrum. Es ist klar, daß sich dort Bedenken und Widerstände gegen die Rechtskoalition, insbesondere gegen die Verbindung mit den Nationalsozialisten, häufen, wenn es auch nicht ebenso klar ist, wie sie zu begründen sind. Das Zentrum hat sich mit der Sozialdemokratie verbunden können. Auch da waren zunächst heftige Widerstände zu überwinden, die, vom Zentrum aus gesehen, wohl begründet waren. Sie schwanden, weil die Sozialdemokratie eine politische Macht wurde. Das Zentrum ist eine christliche und nationale Partei, in der viel konservatives Gedankengut gehegt wird. Wie es damit sein enges Bündnis mit der Nachkriegssozialdemokratie vereinbaren kann, mit der Partei, die unter der Herrschaft einer kirchenfeindlich verkehrten und dem Staate abtrünnig gemachten Masse steht, ist eine Sache, die das Zentrum vor sich zu verantworten hat. Es wird sich wahrscheinlich damit verantworten, daß es der nationalen Notwendigkeit dieses Opfer bringen mußte. Jrgendein Opfer bringt jede Partei, die sich mit einer andern verbündet. Auch ein Zusammengehen des Zentrums mit den Nationalsozialisten wäre ein Opfer für jeden Teil.

Nur sollte man glauben, daß es für das Zentrum nicht größer, sondern kleiner wäre als jenes, das es bei seinem Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie brachte. Hier handelt es sich nicht um eine staatsfeindliche, sondern dem Staate leidenschaftlich zugewandte Masse und es handelt sich um keine Partei, die dem Gottesglauben den Krieg erklärt hat, sondern um eine, deren religiöser Kern nicht bezweifelt werden kann. Eine Partei, die sich um die Wiedereinführung des Schulgebets bemüht, sollte dem Zentrum eher bündnisfähig sein als eine andere, die nicht ohne Erfolg, die Entchristlichung der Schule betreibt. Diese Erwägungen gelten allerdings nur dort, wo die nationalen und religiösen Werte die politischen Werte bestimmen. Darüber muß sich das Zentrum klar werden. Es sollte sich auch darüber Rechenschaft geben, was der konservative Gedanke heute fordert. Diese Wahl ist eine deutsche Wende. Es ist heute noch möglich, die Richtung des deutschen Weges zu bestimmen. Bei den Nationalsozialisten ist der leidenschaftliche Wille zum starken Staat. Ihre sechs Millionen Stimmen sind ein Schrei der Empörung über ein System

der Staatspolitik, das erst ein künftiger Geschichtsschreiber in seinem ganzen Tiefstande darstellen kann. Noch ist es Zeit, die konservativen, die aufbauwilligen Kräfte dieser Millionen ihrer Aufgabe zuzuführen. Noch einmal Große Koalition — noch einmal jahrelange Vorherrschaft der Sozialdemokratie: dann sind die Würfel gefallen. Jetzt entscheidet es sich, ob die aufbauwilliger oder die revolutionären Willenskräfte den deutschen Weg bestimmen werden.

Nach der Wahl.

Ihr so überschriebener Artikel in Nr. 219 vom 18. September von W. W. fordert stärksten Widerspruch heraus. Bei ihm ist der Zorn Ratgeber gewesen, ein schlechter Ratgeber, der den Blick trübt. Er redet von einem „unglücklichen Ausfall der Wahl“, von der politischen „Dummheit“ derer, die die Auflösung erzwingen. Von dem „schwarzen Sonntag“ und von der „Pleite“, in welche uns die Auflösung des Reichstages gebracht hat, und wie die um Mosse und Illstein zittert der Verfasser vor den kommenden dunklen Wochen und Monaten. Viele hunderte von Aufwärtslesern werden sich an den Kopf fassen und sagen, wie, sind wir, die wir das Wahlergebnis ganz anders ansehen, denn von allen guten Geistern verlassen? Es war also Dummheit, den Reichstag aufzulösen, diesen Reichstag, der uns an den Rand des Abgrundes gebracht hat? Könnte ein deutscher Mann und eine deutsche Frau diesen widerlichen Verhandlungen überhaupt noch folgen, ohne Empörung und Ekel im Herzen? Aber Herr Brüning und Herr Wirth waren doch nun gerade so schön im Zuge! Ach ja, um jeden Augenblick wieder abzuspringen und nach links hinüberzuweichen, wenn es der eigene Vorteil erheische. Um im Verein mit den Religionslosen und erklärten Christenfeinden „christliche“ und mit Herrn Crispian und Breitscheid „deutsche“ Politik zu machen. Möglichkeiten für wirkliche Reformen hier? Das glaube, wer mag. Nein, die Neuwahlen haben uns nicht in die Pleite hineingebracht, sondern die Pleite war längst da. Daß sie vollständig war, wer will das bestreiten? Die Erkenntnis mußte doch jedem in unserem Vaterlande, der nicht gerade Nutznießer des bisherigen Systems ist, aufdämmern: So geht es nicht weiter, das Steuer muß vollständig herumgeworfen werden. Das haben die 6,4 Millionen Wähler, die ihre Stimme den Nationalsozialisten gaben, empfunden, und wir haben in ihnen keinesfalls lauter politische Rindsköpfe oder Revolverpolitiker zu sehen. Hier steht vielmehr neben wertvollsten deutschen Männern und Frauen aller Berufe die tüchtigste deutsche Jugend. Daß W. W. sich hier in der Beurteilung der Lage in Uebereinstimmung mit Mosse und Illstein wehrt, müßte ihn eigentlich stutzig machen. Millionen sehen hier eine Hoffnung aufleuchten, unsere Kinder sogar schwärmen für die Nazis. In unser verumpftes politisches Leben hat diese Rechtspartei eine neue frische Note hineingebracht, der Massenstrom zu dieser Freiheitsbewegung, die sie sich mit Recht nennt, hat etwas Rührendes, Ergreifendes. Und wer wollte leugnen, daß hier etwas zu spüren ist vom Geist eines Schill, Körner, Schenkendorff, Arndt und Scharnhorst? Ich begreife nicht, wie man so etwas übersehen kann. Auch wenn einer manche Ueberspannung und manche Unklarheit, die doch jeder neuen Bewegung anhaftet, ablehnt, dann bleibt doch noch genug Erfreuliches. Es ist auch ganz und gar unge- recht, hier zu sagen, „die am meisten versprochen, aber zu positiver Arbeit unfähig sind“, und unsern Volk dann zu wünschen, daß es zur Vernunft zurückkehrt. Das Letztere ist allerdings sehr zu wünschen und wir meinen, den Anfang zu dieser Rückkehr zur Vernunft hat unser Volk bei der letzten Wahl gemacht. Daß diese neue Bewegung wirklich aufbauende Arbeit leisten kann, hat schon Thüringen bewiesen, obgleich man der Partei bisher wenig Gelegenheit gegeben hat, es zu zeigen. Wir trauen es ihr durchaus zu, allerlei Auslandsstimmen können uns in unserer Ansicht nur bestärken, obgleich eine mit Blindheit geschlagene deutsche Diplomatie das nicht auszunutzen versteht. Kurzfristig genug werden die Nutznießer des heutigen Systems diese Bewegung ausschalten oder niederzuknappeln versuchen. Sie werden sie dadurch nur stärken, und die „Mitte“ wird sich dadurch selbst das Grab schaufeln. Wenns um die letzten Entscheidungen geht, dann ist kein Raum mehr für eine „Mitte“, dann heißt es nur noch: rechts oder links. Wir meinen, wir hätten alle Ursache, uns zu freuen, daß die Wage sich bei der letzten Wahl so erheblich nach rechts und nicht nach links geneigt hat, und daß zu den 200 vorhandenen nicht noch andere 100 religionslose „Vertreter des deutschen Volkes“ in den Reichstag eingezogen sind. Et.

Die Wahl und ihre Bedeutung.

Es wäre Torheit, daran vorbeizusehen, daß das Wahlergebnis vom 14. September in seinen Auswirkungen eine Katastrophe für unser deutsches Vaterland bedeutet (? —). Auch wenn man dem Radikalismus der Wählermassen, der in dem Wahlergebnis offensichtlich zum Ausdruck kommt, noch so viel menschliches Verständnis entgegenbringt, wenn man noch so bereitwillig zugestimmt, daß ganz gewiß nicht nur der Appell an die schlechten Instinkte der politisierenden Menschheit, sondern vor allem auch eine tiefe und in ihrem letzten Grunde nicht unberechtigte Verbitterung über das Versagen ihrer bisherigen Führer den Parteien des Radikalismus zu ihrem unerhörten Erfolge verholfen hat, auch dann läßt sich die katastrophale Wirkung dieser Radikalisierung nicht aus der Welt schaffen, zumal diese verderbliche Wirkung sich über die Grenzen des deutschen Vaterlandes in die Welt hinein erstrecken wird.

Man lasse in diesem überaus ernsten Augenblick die Phrase beiseite, für einen aufrechten Deutschen müsse die Meinung des Auslandes belanglos sein, denn diese Vogel-Strauß-Politik kann doch allerhöchstens eine ganz kurze Spanne Zeit über die unumstößliche Tatsache hinwegtäuschen, daß das Ansehen Deutschlands in der Welt der großen Politik durch den Wahlausfall wieder einmal einen empfindlichen Stoß erhalten hat. (Mit demselben Recht läßt sich aber auch das gerade Gegenteil behaupten! — Die Redaktion.) Ein Land, in dessen nicht ganz 500 Abgeordnete zählendem Parlament fast die Hälfte einen allerdings sehr verschiedenartig abgetönten Radikalismus verfedten, der das Eine gemeinsam hat, daß er ohne eigenes festes Aufbauprogramm unter allen Umständen einreißt und noch einmal einreißt will, kann weder machtpolitisch (?) noch wirtschaftspolitisch auf nennenswertes Vertrauen seitens des Auslandes Anspruch erheben. (Ob dieses Vertrauen, das meistens in der Hoffnung auf Deutschlands Ohnmacht besteht, etwas Wünschenswertes für Deutschland ist? — Die Schriftleitung.), weil es dem Zustand einer „kalten Revolution“ bedenklich nahe gerückt ist.

Neben dieser außenpolitischen Wirkung, die wir uns in aller Nüchternheit klar zu machen haben, stellt uns das Wahlergebnis in die innenpolitische Katastrophe mitten hinein. (Uns scheint hier Ursache und Wirkung verwechselt zu werden. — Die Redaktion.) Eine Regierungsbildung wird auf unendliche Schwierigkeiten stoßen. Gelingt sie, so wird sie ein zerbrechliches Ding bleiben, und auf die kraftvolle Durchführung eines zielbewussten Arbeits- und Sparprogramms ist in Anbetracht der jeweiligen — wie die Regierung auch aussehen möge — viel zu starken Opposition auf Monate hinaus nicht zu rechnen. Bleibt die erneute Reichstagsauflösung oder das Regieren mit Notverordnungen: Der Weg der erneuten Auflösung würde nach menschlichem Ermessen nichts an dem unerfreulichen Bilde ändern, und das Regieren mit Notverordnungen usw. könnte aus der „kalten Revolution“ leicht die nur allzuheiße, aus dem Kampf mit dem Gift und dem Haß der Worte leicht den blutigen Bürgerkrieg machen.

Das ist außen- und innenpolitisch das Bild der Lage, wie sie seit den Tagen des Ruhrkampfes nicht trostloser war, und es wäre unsagbare Torheit, daran vorbeizusehen. Doch stets gab es auch Licht, wenn alles im Schattens lag, und gerade vom Standpunkt der Aufwärtsleiter gesehen, könnte aus dem schmalen Lichtstreifen, den der Wahlausfall läßt, die Rettung kommen, wenn es gelingt, die wahre Lehre des 14. September 1930 in die breite Masse der politisch interessierten und bewegten Deutschen hineinzutragen. Diese Lehre liegt für meine Auffassung nicht in der Radikalisierung der Wähler, die ih-

ren auf der Hand liegenden Grund in der materiellen und geistigen Not unseres Volkes hat, sondern darin, daß sich von dieser Radikalisierung fast unmerklich und wie unter einem Schleier eine andere Bewegung abhebt, die auch zu einem Radikalismus führt, aber zu einem Radikalismus des Christentums. Ist doch nicht daran vorbeizusehen, daß die beiden Parteienlisten, die ihre Wähler auf Grund eines weltanschaulich abgestimmten Programms auf christlicher Grundlage zu werben suchten, das katholische Zentrum und der evangelische Christlich-sozialer Volksdienst einen unzweifelhaften Erfolg davontrugen, der angesichts der beifolgenden Verluste der anderen sogenannten bürgerlichen Parteien ein ganz besonderes Schwergewicht erhält.

Mit kaum zu überbietender Geringschätzung hieß es noch in den allerletzten Tagen vor der Wahl aus den Reihen der anderen Parteien, sie seien noch immer die besten Hüterinnen des christlichen Gedankens in der Politik gewesen: „Was also will jetzt mit einmal der Christ als solcher im Wahlkampf?“, und in einem der Großindustrie hörigen Blatte versuchte man den Christlich-sozialen Volksdienst den Wählern dadurch verdächtig zu machen, daß man die Worte eines Volksdienstführers verbreitete: „Wählt nicht bürgerlich, wählt christlich!“ — Und doch war diese Parole „Wählt christlich“ mit ihrem Primat vor allen wirtschaftlichen und „bürgerlichen“ Interessen das schneidende Schwert im Kampf gegen den Radikalismus gegenüber den stumpfen Waffen der alten Parteien und der neuen Gebilde, die sich doch nicht frei machen konnten vom Materialismus der Zeit.

Siehe mir ehrlich und geben dem die Ehre, dem sie gebührt: Nicht der Christlich-sozialer Volksdienst hat die Bataille gewonnen, sondern das Christentum, und wenn diese Erkenntnis sich Bahn bricht, wenn wir an unserem Teil sie ins Volk hineintragen, dann könnte in der Katastrophe (?) des Wahlergebnisses vom 14. September der Wendepunkt deutschen Geschehens liegen.

Stolzenau (Beser),

Georg Sinn.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Bürgermeister Bleichen behandelt in seinem Aufsatz „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ im Aufwärt Nr. 212 v. 10. 9. ein wohl jeden Deutschen interessierendes Thema. Und wie soll die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden? Nun, nach altem Rezept: durch Erhöhung der Steuern. Das Rotopfer soll kein Opfer mehr sein, sondern soll eine dauernde Steuer werden und verallgemeinert werden. Weiß der von Bl. zitierte Leiter des Heimstättenamtes der deutschen Beamenschaft, was es heißt, von jedem Einkommensteuerspflichtigen eine Sonder-Einkommen-Steuer von 2% Prozent zu erheben? Ich bin Angestellter in der Industrie und weiß, daß der größte Teil meiner Kollegen, auch der verheirateten, in Durchschnittseinkommen 250 RM. bis höchstens 300 RM. Bruttoeinkommen hat. Da von ab gehen Steuern, Krankenkasse, Erwerbslosenversicherung, Invaliden- bzw. Angestelltenversicherung. Das ist das Geld, welches man nicht ausbezahlt bekommt, also direkt einbehalten wird, und beträgt bis 15 Prozent der Gehaltssumme. Dann kommt Miete, Brand, evtl. eine Lebensversicherung, Kleidung und sehr häufig Jahrgeld bis zur Arbeitsstätte.

Bl. schlägt vor, die Ledigen die verdoppelten Steuern (5%) tragen zu lassen. Ich bin ledig, 26 Jahre alt, und habe eine für die Industrie sehr gute Stelle. Ich habe ein Bruttoeinkommen von 230,— Mark. Wie bemerkt, ist das eine sehr gut bezahlte Stelle. Bedenken Sie auch, Herr Bürgermeister, welche Vorbildung dazu nötig ist, um solche Stellung zu bekommen? Ich bin Auslandskorrespondent und habe mir meine Sprachkenntnisse in England und Belgien erworben müssen. Und daß der Auf-

enthalt im Auslande nicht billig ist, können Sie sich vorstellen. Die Kollegen in meinem Alter verdienen im Durchschnitt nicht so viel. Und soll uns Ledigen denn die Möglichkeit genommen werden, uns etwas zu ersparen, für den Fall, daß wir heiraten? Man beklage sich nicht über den Bevölkerungsrückgang in Deutschland, wenn man uns die Möglichkeit zur Heirat nimmt.

Man möge meinen Vorschlag einmal prüfen: Den Staats- und Kommunalbeamten die Gehälter bis auf einen Höchstbetrag von 600,— Mark, gestaffelt bis 350,— Mark, zu kürzen. Ich will Ihnen erzählen, daß, als ich meine Stelle antrat, mir eine Gehaltserhöhung von 20—30% in Aussicht gestellt worden ist, und nicht nur mir, sondern allen Angestellten des Betriebes. Als die Lage sich verschlechterte, habe wir alle, ohne Worte zu verlieren, auf die zugesagte Erhöhung verzichtet, weil wir eben einsehen, es geht nicht. Man kann nicht leugnen, daß kein Betrieb so nahe am Ruin steht, wie der Staatsbetrieb, und da ist es nur recht und billig, wenn die Angestellten dieses Betriebes, und nicht nur die unteren und mittleren, dem bankrotten Betriebe wieder auf die Beine helfen. Geht es einem Betriebe gut, soll es auch den Angestellten gut gehen. Es ist aber widersinnig, daß unser bankrotter Staat und unsere ruinierten Kommunen solche Gehälter zahlen und dadurch zwei Klassen schaffen, die Staats- bzw. Kommunalbeamten und die Angestellten der Privatwirtschaft. Und die Privatangestellten haben mindestens die Vorbildung der behördlichen Beamten und müssen mindestens so intensiv arbeiten.

Ich mache dem Artikelshreiber den Vorschlag, sich einmal ein Jahr lang mit 250,— Mark Monatsgehalt zu begnügen und immer in der Ungewißheit zu leben, nicht zu wissen, ob er über 4 Wochen noch in Stellung ist. H. Chr.

Rückgang des Bahnverkehrs.

Folgen der Wirtschaftskrise und des Kraftwagenwettbewerbs. — Aufhebung des Direktionsbezirks Magdeburg.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich mit der Wirtschaftslage der Reichsbahn, deren Verkehrs- und Einnahmerückgang das Bild der Wirtschaftskrise widerspiegelt. Daneben verringert der immer weiter zunehmende Wettbewerb des Kraftwagens ständig die laufenden Einnahmen der Reichsbahn im Personen- wie Güterverkehr und gefährdet ernstlich die Aufrechterhaltung der billigen Tarifstruktur. Eine Ordnung im Verhältnis zum Kraftwagen ist nur von gesetzgeberischen Maßnahmen zu erwarten. Um beschleunigte Durchführung dieser Maßnahmen ist der Reichsverkehrsminister unter Hinweis auf den Ernst der Lage gegangen worden.

Der Verwaltungsrat genehmigte u. a. die Beschaffung von 300 Lokomotiven für die nächsten drei Jahre.

Wichtig ist der Beschluß, die aus der Zeit der Staatsbahnverwaltungen übernommene Zahl und Einteilung der Direktionsbezirke den verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen, wobei auch an den früheren Eisenbahngrenzen der Länder nicht haltgemacht werden soll.

Der Bezirk der Reichsbahndirektion Magdeburg wird den benachbarten Direktionsbezirken, insbesondere Hannover und Halle, zugeteilt werden. Der Verkehrs-kontrolldienst verschiedener Direktionsbezirke wird in Magdeburg vereinigt.

Die Kopfzahl der in Magdeburg tätigen Beamten des Verwaltungsdienstes verringert sich von 750 auf etwa 500.

Reichstagung des Gustav-Adolf-Vereins in Stuttgart.

Masse und Gemeinschaft.

Fast 15 000 mögen es gewesen sein, die sich zu Beginn der Festtage in der riesigen Stuttgarter Stadthalle und auf dem freien Gelände vor ihr sammelten. Massen unter der Fahne des Gustav-Adolf-Vereins! Und doch mehr als Masse! In einer zerrissenen und zerspaltenen Zeit — das hat der greise Führer des Gustav-Adolf-Werkes, Geheimrat D. Mendorf, bei der ersten Rundgebung ausgesprochen, ist es etwas Großes, wenn sich evangelische Menschen aus allen Lagern zu einer innerlich gegründeten Gemeinschaft zusammenfinden. Solche Gemeinschaft will der Gustav-Adolf-Verein bauen, indem er seine Glieder zu einem Werk glaubensbrüderlicher Hilfe sammelt.

Die Jugend ist dabei!

Neben diesem Erlebnis evangel. Glaubensgemeinschaft stand ein anderes, zukunftsreiches Bild: die Jugend. Unter den Klängen der Fanfaren hielt sie ihren Einzug in die weite Festhalle. 200 Wimpel und Standarten gruppierten sich auf dem weiten Halbrund des Podiums, die evangelischen Jugendbünde grüßten die Gustav-Adolf-Gemeinde. Was zieht die Jugend an? Der besondere Stil der Gustav-Adolf-Arbeit. Denn der Gustav-Adolf-Verein hat stets etwas von dem gehabt, was die Jugend das „Bündische“ nennt, seine Geringschätzung des Formalen, des Bürokratischen, seine Hochachtung des Führertums, seine christliche Verwirklichung des bündischen Gedankens: Einer trage des anderen Last.

Vor dem Krieg war es in erster Linie die innerdeutsche Diapora, der die Gustav-Adolf-Hilfe zugute kam. Seit Versailles haben sich von selbst neue Wege eröffnet.

Das weltweite Werk.

Das Werk des Gustav-Adolf-Vereins steht unter denselben Leitgedanken, die auch der Deutsche Evangelische

Kirchenbund als Maßstab für seine Auslandsarbeit aufgestellt hat, keine nationalpolitische Propaganda, Verzicht auf jeden Anschein einer politischen Aktion. Die religiöse Aufgabe steht im Vordergrund, der Dienst am Reich Gottes ist letztes Ziel. Das aber schließt die Pflege des deutschen Volkstums nicht aus. Evangel. Christentum und deutsches Volkstum sind dort draußen eng verbunden, das hat kein Geringerer als Stresemann vor vier Jahren auf der Düsseldorfer Tagung des Gustav-Adolf-Vereins in berebten Worten anschaulich gemacht. Würde man nun anhand dieser Leitgedanken sich von dem Jahresbericht auf das weite Feld des deutschen Auslandsprotestantismus führen lassen, so müßte man eine lange Reise machen. Nur zwei Stationen können hier bierhört werden, Osteuropa und Südamerika. Der Protestantismus steht nicht, wie eine oberflächliche Betrachtung annimmt, im Widerspruch zu dem slavischen Volkscharakter, er hat vielmehr unter den slavischen Völkern eine positive Sendung zu erfüllen, wenn er hierbei auch eine andere Prägung als die des deutschen annimmt. Der Blick nach Südamerika eröffnet für die Gustav-Adolf-Arbeit eine Fülle von Aufgaben. In Brasilien leben allein 700 000 Deutsche, von denen die Hälfte evangelisch ist. Für die Zukunft dieser Deutschen und für die Erhaltung ihres Deutschtums innerhalb der fremdsprachigen und fremdstämmigen Umgebung ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß die Jugend in deutschen Schulen unterrichtet wird und die Deutsche Lehrerschaft dort drüben in deutschen Seminaren herangebildet werden kann. Das Unterstützungsverk des Gustav-Adolf-Vereins setzt an diesem Punkt ein. Die große Liebesgabe, die alle Jahre auf den Reichstagungen verteilt wird, erhielt die deutsche evangelische Gemeinde Sao Leopoldo zur Vergrößerung des deutschen Seminars und der deutschen Schule.

Dokumenisch oder ökonomisch?

Zwei vielgebrauchte Worte von fast gleichem Klang sind die Worte dokumenisch und ökonomisch. Der würtembergische Kirchenpräsident gebrauchte sie bei der über-

reichung der Liebesgaben, indem er unter großer Heiterkeit der Versammlung ein Wortspiel durchführte. Dekumenisch, das heiße: Tu' deinen Beutel auf! Ökonomisch: aber nicht zu weit. Dekumenisch, das bedeute: Sei kein Knicker! Ökonomisch: aber auch kein Prok. In diesem Geiste brachte das schwäbische Kirchenvolk dem Gustav-Adolf-Verein eine Gabe dar, die Prälat D. Hoffmann mit humorvollen Worten begleitete. Es war die größte Gabe, die der Gustav-Adolf-Verein je auf einer Reichstagung empfangen hat: 170 000 Mark, 10 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung. Aber damit war das Gebens noch kein Ende. Es erschien nun die Jugend. Die Kleinsten der Kleinen kamen und brachten blumengeschmückte ihre Pfennige und Groschen, die Kinder von der Sonntagsschule folgten, die Vertreter der Jugendbünde, und schließlich der Organisator der deutschen Kinderergabe, deren Ertrag von beinahe 50 000 Mark einer deutschen evangelischen Gemeinde in Südflavien zugute kommt. So zog der Reigen deutscher Jugend vorüber, ein schönes Sinnbild für die Begeisterung der Jugend an dem Gustav-Adolf-Werk. Nicht zu vergessen endlich die große Gabe der Frauenvereine, die die Gabentische mit künstlerisch wertvollen Altargeräten für die deutschen Auslandsgemeinden geschmückt hatten.

Die Stimme der Auslandsdeutschen.

Am Schluß der Tagung stand der vielstimmige Chor der Auslandsdeutschen. Aus allen Himmelsrichtungen waren sie zusammengekommen, aus Polen und Südrussland, aus dem Baltikum und aus Tirol, aus Ungarn und Bessarabien, aus Rußland und der Tschechoslowakei. Und in ihren schlichten Berichten entstand ein dunkles Bild von ihren Nöten und Kämpfen, durchleuchtet von dem Bewußtsein zu dem angestammten Glauben und Volkstum. So wurden zum Schluß auch diese Rundgebungen ein eindrucksvolles Sinnbild für den weltweiten Charakter des Gustav-Adolf-Vereins, der durch seinen Eifer in der schwäbischen Hauptstadt neue Freunde und Gönner gewonnen hat. Dr. Focke, Rülpsen.

Völkerbund gegen Minderheiten.

Annahme mit Vorbehalten. — Keine Änderung der Rechtslage.

Genf, 24. September.

Der schweizerische Bundesrat Motta hat heute dem politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung den Bericht über die Minderheitenfrage vorgelegt. Es ist dem Berichtsteller gelungen, durch vorherige Fühlungnahme mit den einzelnen Abordnungen eine formelle Einigung über den Inhalt des Berichts herbeizuführen. Der Bericht selbst läßt trotz aller Beschränkungsversuche klar erkennen, daß in dem Ausschuss keine Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung des Minderheitenproblems sowohl in grundsätzlichen als auch in Verfahrensfragen hervorgerufen sind.

Der Mottabericht verzeichnet u. a. die Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Frage, ob die Völkerbundversammlung befugt sei, die Garantien zu behandeln, die der Völkerbund in den sogenannten Minderheitenverträgen für die Minderheiten übernommen habe. Alle Delegationen — so meint der Berichterstatter dazu — seien jedoch darin einig gewesen, daß die Minderheitenfrage von der Versammlung auf Grund des Völkerbundpaktes erörtert werden könne. Alle Delegationen hätten

die überragende Bedeutung der Minderheitenfrage betont. Alle hätten anerkannt, daß sie zu denjenigen gehöre, die den Frieden der Welt gefährden könnten. Alle hätten auf die Welt- und Menschheitsbedeutung des Problems Gewicht gelegt. Die Ausübung der Religion, der Sprache und der Kultur würden von allen Delegationen als etwas Heiliges betrachtet. Die Einmütigkeit über diesen Punkt stelle eine wesentliche Tatsache dar.

Weiter heißt es in dem Bericht, es habe keine Einigkeit darüber bestanden, ob der Völkerbund das Recht habe, in Minderheitensachen ohne Zustimmung jedes einzelnen der durch Minderheitenverbände gebundenen Staaten zu ändern. Andererseits habe niemand die Auffassung vertreten, daß das Madrider Verfahren gegenwärtig geändert werden müsse. Man habe allgemein anerkannt, daß die Zeit seit seiner Annahme nicht ausreicht, um ein endgültiges, auf Erfahrung gestütztes Urteil zu gestatten. Niemand habe bestritten, daß

das geltende Verfahren

vom Rat in einer Weise angewendet werden müsse, das alle darin enthaltenen Möglichkeiten zu erschöpfen suche.

Zum Schluß registriert der Bericht auch noch die Anregung, daß das System des Minderheitenschutzes auf alle Minderheiten ohne Unterschied zwischen den durch Minderheitenverbände gebundenen und den anderen Staaten ausgedehnt werden müsse. Ohne auf diese Anregung näher einzugehen, stellt Motta als übereinstimmende Auffassung fest, daß die Lösung des Minderheitenproblems durch eine

ständige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mehrheiten und den Minderheiten

im Innern des einzelnen Staates zu erstreben sei. Die Mehrheiten müßten gerecht und großzügig, die Minderheiten müßten loyal sein. Die Regierungen müßten die ständige Sorge haben, das Verständnis, das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu erleichtern.

Die Vorbehalte.

In der Aussprache erklärte sich die kleine Entente mit dem Bericht einverstanden, behielt sich jedoch vor, gegebenenfalls eine Entscheidung des Haager Gerichtshofs über das Madrider Verfahren herbeizuführen.

Der italienische Delegierte, Graf Bonin-Langare, machte den Vorbehalt, daß er in den Ausführungen des Berichts über die Verallgemeinerung der Minderheitenverträge keine Verpflichtung zum Eingehen von Minderheitenverträgen erblicken könne.

Als nächster Redner sprach der deutsche Außenminister Dr. Curtius.

In Uebereinstimmung mit Motta stellte er fest, daß an der Rechtslage durch den Bericht nichts geändert werde. Im Augenblick habe die deutsche Delegation nicht die Absicht, Änderungsanträge zu stellen. Sie sei der Meinung, daß die Entwicklung nicht stillstehe und daß die Zukunft die Entscheidung darüber bringen werde, ob das Verfahren den Verpflichtungen des Völkerbundes genüge.

Briand gegen neue Minderheitenabende.

Der französische Außenminister Briand suchte den Ausschuss davon zu überzeugen, daß eine Wiederholung der allgemeinen Aussprache über die Minderheitenfrage auf einer künftigen Tagung der Völkerbundversammlung nicht nur unerwünscht, sondern rechtlich unzulässig sei. Auch sei es unmöglich, sich über die hier angeschnittenen Fragen endgültig zu einigen. Einer allgemeinen Erörterung des Minderheitenproblems werde Frankreich sofort die Frage der Zuständigkeit entgegenstellen, denn sie sei mit dem geltenden internationalen Recht und den geltenden Verträgen nicht zu vereinbaren.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, der dem Berichterstatter dankte, wurde der Bericht einstimmig angenommen.

Die Dauer der Völkerbundversammlung.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Kommissionsarbeiten ist damit zu rechnen, daß die diesjährige Völkerbundversammlung erst am 4. Oktober zu Ende geht. Reichsaussenminister Dr. Curtius wird bis zum Schluß der Versammlung bleiben. Er wird am Sonnabend auf zwei Tage nach Baden fahren. Auch Briand beabsichtigt, bis zum Schluß der Tagung in Genf zu bleiben. Dagegen wird Henderson Ende dieser Woche nach London zurückkehren.

Wirtschaft in Not.

Drei Millionen Arbeitslose.

Die Wirtschaftskrise nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Bei den Aufsichtsbehörden häufen sich die Anträge auf Genehmigung von Betriebseinsparungen oder gänzlichen Stilllegungen. Die Bewilligung dieser Anträge, die in den meisten Fällen erfolgen muß, ist jedesmal gleichbedeutend mit der Entlassung von zahlreichen Arbeitern und Angestellten. Das Heer der Erwerbs- und Stellungslosen wächst infolgedessen mehr und mehr und hat bereits die Drei-Millionen-Grenze erreicht.

Die zahlenmäßige Belastung der Arbeitslosenversicherung hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September 1930 in der ersten Hälfte des September etwas abgenommen, die der Krisenunterstützung ist dagegen, übereinstimmend mit der allgemeinen Entwicklung am Arbeitsmarkt weiter gestiegen. Mit rund 1 503 000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungsbefähigten in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem Stande vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 459 000 Krisenunterstützten hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen eine Gesamtzahl von rund 1 962 000 erreicht und ist damit um etwa 15 000 höher als Ende August.

Erheblich stärker, um etwa 103 000, ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitsuchenden gestiegen. Zu diesem Zugang haben sowohl umfangreiche neue Entlassungen beigetragen, deren Auswirkung auf die Versicherung erst im nächsten Bericht festzustellen sein wird, wie auch in einigen Bezirken die schärfere Erfassung von Wohlfahrtsdienstlosen. Setzt man diejenigen ab, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren, so verbleibt Mitte September eine Zahl von rund 2 983 000 Arbeitslosen. Das Anwachsen dieser Zahl gegenüber Ende August um ungefähr 100 000 Köpfe, ist ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft weiterhin in der Depression verharret.

Unter diesen Umständen muß auch für die kommenden Herbst- und Wintermonate mit einem weiteren Anwachsen der Erwerbslosenzahl gerechnet werden. Wie den unerschuldeten in Not geratenen Arbeitslosen finanziell geholfen werden kann, darüber ist man sich zur Stunde noch nicht klar. Soviel steht fest, daß die Gemeinden infolge ihrer ungemein schwierigen Finanzlage nicht imstande sind, die ständig steigenden Ausgaben für die Wohlfahrtsdienstleistungen, die aus der Arbeitslosenversicherung bereits ausgereizt sind, aus eigener Kraft aufzubringen. Wie der Vorstand des Reichsstadteubundes, in dem die mittleren und kleineren Städte zusammengefaßt sind, auf seiner Tagung in Berlin feststellte, eilen zahlreiche Städte infolge der unermesslichen Belastung durch die Ausgaben für die Wohlfahrtsdienstleistungen einer Katastrophe zu, wenn ihnen nicht sofortige und ausreichende Hilfe zuteil wird. Eine solche Hilfe kann angesichts der schweren Folgen, welche ein Zusammenbruch zahlreicher Städte für Volk und Wirtschaft unausbleiblich nach sich ziehen müßte, nur vom Reich kommen. Der Geschäftsführende Vorstand bittet daher in einer Entschließung die Reichsregierung noch einmal, in letzter Stunde, sich den im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung festgelegten Verpflichtungen nicht länger zu entziehen. Dieser Paragraph bestimmt, daß in Zeiten andauernd ungünstiger Arbeitsmarktlage der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung abweichend von den Normalbestimmungen festsetzen muß. Auf Grund dieser Bestimmung ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe ohne zeitliche Beschränkung erforderlich, um die Gemeinden von den finanziellen Sorgen der Wohlfahrtsdienstlosigkeit zu befreien.

An den neuen Reichstag richtet der Geschäftsführende Vorstand die Bitte, das wichtigste Problem unserer Innenpolitik, die Beschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten, sofort mit aller Energie in Angriff zu nehmen, um so mehr, als das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung die erhoffte wesentliche Verminderung der Wohlfahrtsdienstlosen nicht gebracht hat.

Es ist bekannt, daß sich die gegenwärtigen Kabinettberatungen in erster Linie um die Frage der Arbeitslosenversicherung, als die brennendste von allen, dreht. So sehr auch die Regierung bemüht ist, jede neue Belastung der Wirtschaft auf steuerlichem Gebiete zu vermeiden, so wenig wird sich das bei den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung umgehen lassen. Ja, man wird sogar damit rechnen müssen, daß diese Erhöhung angesichts der außerordentlichen Ansprüche infolge der ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit unter Umständen noch die weitestgehenden Vorbehalten übertrifft. Wenn auch die endgültigen Beschlüsse des Kabinetts abgewartet werden müssen, spricht man jetzt doch in eingeweihten Kreisen schon von einer Beitragserhöhung von 4½ auf 6 bis 6½ Prozent. Angesichts dieser gewaltigen Steigerung der Erwerbslosenbeiträge wird man verlangen müssen, daß der Wirtschaft auf steuerlichem Gebiete keine neuen Lasten aufgebürdet werden. Ein weiteres Anziehen der Steuerkrawatte würde nur die Wirtschaft noch mehr vergrößern und zu neuen Massenentlassungen führen.

Keine Bindung der D. B. P.

Gegen große Koalition.

Partei Vorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei traten gestern zu Sitzungen zusammen und faßten einstimmig folgenden Beschluß:

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand behält sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei völlige Freiheit der Entschließung gegenüber den Maßnahmen der Regierung vor. Die Fraktion wird die Vorlagen des angekündigten Regierungsprogramms abwarten und das Programm daraufhin prüfen, ob es mit den von der Fraktion seit langer Zeit vertretenen Grundsätzen vereinbar ist. Die Fraktion ist der Ansicht, daß dabei irrendenweise Kompromisse mit sozial-

Rothermere und die Reichstagswahl.

Der englische Zeitungskönig verteidigt die Nationalsozialisten.

Lord Rothermere hat seinem Blatt „Daily Mail“ aus München, wo er sich zur Zeit aufhält, einen Aufsatz zugeordnet, in dem er sich mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen beschäftigt. Rothermere, der dem britischen Volk empfiehlt, der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber keine feindselige Haltung einzunehmen, betrachtet die Verschiebung des politischen Einflusses in Deutschland als vorteilhaft, weil sie nach seiner Meinung einen neuen Schutzwall gegen den Bolschewismus schafft.

Des weiteren entwickelt Lord Rothermere, der zunächst eine Garantie der polnischen Ostgrenze durch Deutschland gegen entsprechende Zugeständnisse der Polen vorschlägt, seine Ideen von der Gestaltung Mitteleuropas für den Fall der Bildung einer nationalsozialistischen Regierung in Deutschland.

Am Schluß seines Aufsatzes wiederholt Lord Rothermere noch seinen bereits vor einem Jahre gemachten Vorschlag, daß die britische Regierung Deutschland die afrikanischen Kolonien mit Ausnahme von Südwestafrika zurückgeben sollte, die es ihm während des Krieges wegnahm.

Englische Stimmen zu Lord Rothermeres

Deutschland-Artikel.

— London, 24. September. Der sensationelle Artikel von Lord Rothermere über Deutschland wird in Londoner diplomatischen und politischen Kreisen stark beachtet. Die Ansichten gehen stark auseinander, jedoch ist man sich darüber einig, daß der Artikel eine vollständige Wendung Rothermeres gegenüber allen deutschen Fragen bedeutet. Rothermeres Anhänger bewundern seine jetzige deutschfreundliche Haltung. Seine Presse versucht seine Schwankung zugunsten der Nationalsozialisten dem Publikum mit der Erklärung verständlich zu machen, daß die neue deutsche „Partei der Jugend“ nichts mehr mit dem alten Deutschland zu tun habe, das er immer bekämpft habe.

Der italienisch-französische Bruch.

Italien gibt das Scheitern

der französisch-italienischen Verhandlungen zu.

— Rom, 25. September. Das Scheitern der französisch-italienischen Verhandlungen wird nunmehr auch an zuständiger italienischer Stelle zugegeben. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ wendet sich in einem Kommentar

aus Genf gegen die von Reuter verbreitete Meldung, daß die Wiederaufnahme der italienisch-französischen Verhandlungen von Italien abhänge, das neue Vorschläge einzureichen habe. Das „Giornale d'Italia“ stellt fest, daß Italien seinerzeit Frankreich einen konkreten Vorschlag eingebracht habe, Frankreich sich aber darauf beschränkt habe, eine mündliche Antwort zu erteilen, die nicht als Gegenvorschlag habe angesehen werden können. Sehr bezeichnend ist die Bemerkung des „Giornale d'Italia“ man gewinne immer mehr den Eindruck, daß England ein Interesse daran habe, sich in die Verhandlungen einzuschalten, aber in entgegengesetztem Sinne.

Um die Abrüstungskonferenz.

Deutscher Entschließungsantrag.

Im Abrüstungsausschuß der Völkerbundversammlung brachte am Mittwoch Graf Bernstorff eine Entschließung ein, die folgenden Wortlaut hat:

In dem ernstlichen Wunsch, daß der Völkerbund seine höchste Aufgabe, die der Abrüstung, endlich erfüllen, nimmt die Vollversammlung Kenntnis von dem Ergebnis der Londoner Flottenkonferenz und stellt fest, daß nach dieser Konferenz die vorbereitende Abrüstungskommission, die bisher noch nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist, für den 3. November dieses Jahres einberufen worden ist. Sie drückt den Wunsch aus, daß die vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten bis Ende dieses Jahres beendet, und sie bittet den Rat, die allgemeine Abrüstungskonferenz so bald als möglich im Jahre 1931 einzuberufen.

Borcher hatte der Vorsitzende Politik eine von dem Vertreter Guatemalas Matos ausgearbeitete Entschließung vorgelegt.

Die Memelfrage.

— Genf, 25. September. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern in geheimer Sitzung mit der deutschen Memelbeschwerte. Zur Prüfung der juristischen Frage wurde ein Komitee eingesetzt, in dem Italien, Venezuela und Irland vertreten sind. Die beiden Parteien werden durch Ministerialdirektor Gauß und den litauischen Gesandten in Berlin vertreten. Die Aufgabe des Komitees ist es, zu prüfen, ob der Antrag zur Beratung im Völkerbundsrat zugelassen werden kann. Das Komitee trat sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

